

Eltern wollen Kita-Plätze einklagen

Bürgermeister Sieling soll Ausbau zur Chefsache machen

VON SABINE DOLL

Bremen. Der Ärger Bremer Eltern, die keinen Kita-Platz bekommen haben, wächst. Ende vergangener Woche musste die Senatorin für Bildung und Kinder, Claudia Bogedan (SPD), einräumen, dass zum Start des Kindergartenjahres 660 Plätze fehlen. Der Protest richtet sich nicht mehr nur gegen die zuständige Senatorin, betroffene Eltern fordern Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) zum Handeln auf.

„Die Defizite im Ausbau der Kindertagesstätten nehmen seit vielen Jahren nicht ab. Die rot-grüne Regierungskoalition verstrickt sich von Jahr zu Jahr immer tiefer in Ausreden und Fehlplanungen“, schreibt die Zentral-Eltern-Vertretung der Tageseinrichtungen für Kinder in Bremen am Montag in einem offenen Brief an Bogedan und Sieling. „Frau Senatorin Anja Stahmann sowie Frau Senatorin Claudia Bogedan machen Versprechungen, die sie nicht ohne Weiteres halten können. Das Regierungsoberhaupt Herr Bürgermeister Carsten Sieling schaut zu, wie die Bremer frühkindliche Bildung den Bach runter geht und will dieses mit Sparmaßnahmen auch noch fördern“, heißt es in dem Schreiben.

Andreas Seele, Vorstandssprecher der Zentral-Eltern-Vertretung wirft dem Senat vor, man habe darauf gebaut, dass nur wenige Eltern auf ihren Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung beharren. Um eine große Klagewelle der Eltern abzuwenden, plane man nun eine schleichende Erhöhung der Gruppenstärken in den Einrichtungen und verkaufe dies als Übergangslösung. „Die Folgen sind ein Qualitätsverlust in der Kindertagesbetreuung und eine extreme Überlastung des Fachpersonals. Aber das wird einfach ignoriert“, kritisiert Seele. Die Zentral-Eltern-Vertretung fordert Sieling auf, den Ausbau von Kita-Plätzen zur Chefsache zu machen und eine Task Force einzurichten – „damit Bauvorhaben aller Träger der Stadtgemeinde beschleunigt werden“.

Um die Kita-Krise zu bewältigen, hatte Bogedan am Donnerstag mehrere Notfallmaßnahmen angekündigt: Unter anderem sollen Container aufgestellt werden, die aber erst in mehreren Monaten zur Verfügung stehen würden. Gemeindesäle in kirchlichen Einrichtungen sollen genutzt, Horte an Grundschulen verlegt und notfalls auch Betreuungsgruppen vergrößert werden.

Für „vollgepfropfte Kindergärten mit über 200 Kindern oder mehr dürfen keine Zukunft haben“, heißt es in dem offenen Brief. Fehlplanungen der Behörde dürften nicht auf dem Rücken der Kinder und des Fachpersonals ausgetragen werden. Erklärungen der Senatorin wie „Das haben wir nicht erwartet“ oder „Der Ansturm vieler Zuwanderer“ seien Ausreden für die Fehlplanungen. Bogedan hatte den Mangel an Kita-Plätzen unter anderem mit der hohen Zuwanderung von Flüchtlingen erklärt, zudem habe sich die Zahl der Geburten überraschend schnell erhöht. Noch Anfang 2015 sei diese Entwicklung nicht absehbar gewesen, hatte die Senatorin betont.

Die Zentral-Eltern-Vertretung bekommt laut Seele täglich mehrere Anrufe von Eltern, die ohne Kita-Platz für ihre Kinder dastehen. Sie fühlen sich vom Senat und der Bildungsbehörde im Stich gelassen, viele wollen den Rechtsanspruch einklagen. „Die Reaktionen reichen von erobert bis verzweifelt. Manche fürchten um ihren Arbeitsplatz, weil sie nicht wissen, wo sie ihre Kinder unterbringen können“, schildert Seele.

Ein betroffenes Elternpaar sind Ruth und Michael S., die ihre richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen möchten. Im Januar haben sie ihren Sohn für einen Platz in einer Kindertagesstätte angemeldet. Neben einer Wunsch-Kita haben sie zwei Alternativen angegeben. „Anfang Mai haben wir die Absage für die Wunsch-Kita erhalten. Mit dem Hinweis, dass unsere Unterlagen weitergeleitet wurden“, berichtet Michael S. Die Eltern vertrauten darauf, dass die Alternativ-Wünsche damit geprüft würden. Anfang Juni sei ein weiteres Schreiben gekommen, mit der Nachfrage, ob der Kita-Platz noch benötigt werde. In diesem Fall sollten die Unterlagen ausgefüllt zurückgeschickt werden. „Diese Nachfrage haben wir als extrem frech empfunden. Für uns sprach daraus die unerschämte Hoffnung der Behörde, dass sich mit dem langen Warten das Problem vielleicht erledigt hat“, schimpft der Bremer. Die Eltern schickten die Unterlagen erneut zurück – eine Antwort beziehungsweise eine Zusage haben sie laut Michael S. bis heute nicht bekommen.

Ruth und Michael S. fühlen sich im Stich gelassen. „Wir haben auf den Rechtsanspruch vertraut“, sagt der Vater. Das große Problem: Anfang Oktober endet die Elternzeit von Ruth S., ihr Chef erwartet sie zurück an ihrem Arbeitsplatz. Michael S. arbeitet außerhalb von Bremen, Großeltern als Übergangs-Betreuung seien keine Option. Wohin also mit dem Sohn? Die Eltern hoffen jetzt auf die Kulanz des Arbeitgebers, die Elternzeit eventuell noch verlängern zu können. Ruth und Michael S. erwägen, den Rechtsanspruch einzuklagen.

„Wir sind verärgert, enttäuscht und entsetzt“, sagt Michael S. „Wir arbeiten seit über 20 Jahren, zahlen unsere Steuern in Bremen, und wenn man dafür auch noch basierend auf einem Rechtsanspruch etwas zurückbekommen möchte, ist das nicht möglich.“ Das Haushaltsnotlageland Bremen müsse alles unternehmen, um Steuerzahler im Land zu halten, Berufspendler gebe es genug, die keinen Cent Einkommenssteuer in Bremen zahlten. Michael S. wirft dem Senat vor, falsche Prioritäten bei Projekten zu setzen, für die Geld ausgegeben werde: „Der x-te Umbau des Stern in Schwachhausen ist ein Beispiel dafür, das ist absoluter Schwachsinn. Dass sich diese rot-grüne Landesregierung einen sozialen Schwerpunkt gibt, lässt sich nicht erkennen.“

Wie Seele von der Zentral-Eltern-Vertretung vermutet auch Michael S., dass mehr als 660 Kita-Plätze fehlen. Und er befürchtet: „Wenn jetzt so viele Kita-Plätze fehlen, wird in zwei bis drei Jahren der Bedarf an Kindergarten- und Grundschulplätzen ebenfalls drastisch steigen.“



Nützliche Naturgewalten

Tosendes Wasser bei einer überge-lauten Talsperre im Hochsauerlandkreis: Die Aufnahme lässt erahnen, welche ungeheure Kraft die Wassermassen entfalten können. Wie

Menschen versuchen, sich solche Naturgewalten zunutze zu machen, zeigt die große Zahl von Staudammprojekten in aller Welt. TEXT: JÜW/FOTO: UWE ZUCCHI Bericht Seiten 18 und 19

Ankaras dritter Weg



Susanne Güsten über Erdogans Besuch bei Putin

Erdogans Besuch bei Putin an diesem Dienstag in St. Petersburg ist in erster Linie der Versuch eines Neuanfangs in den krisengeschüttelten Beziehungen zwischen der Türkei und Russland. Da die Visite in Zeiten eskalierender Spannungen zwischen Erdogan und dem Westen stattfindet, stellt sich die Frage, ob hier eine neue Allianz entsteht. Vieles spricht dagegen.

Zwar decken sich türkische und russische Sichtweisen in einigen Bereichen. Putin und Erdogan miss-trauen dem Westen und vermuten, dass Europäer und Amerikaner heimlich an einer Destabilisierung ihrer Länder arbeiten. Doch das genügt nicht für ein starkes Bündnis zwischen Ankara und Moskau. Im Syrien-Konflikt etwa stehen beide auf verschiedenen Seiten. Russland hält an Assad fest, um in Nahost mitzumischen. Dagegen will Ankara den syrischen Präsidenten aus dem Amt jagen und aus Syrien einen von sunnitischen Glaubensbrüdern dominierten Staat machen – ohne russischen Einfluss.

Lange hatten beide Seiten ihre Differenzen zugunsten einer florierenden Zusammenarbeit in der Energie- und Tourismuspolitik ausgeklammert. Diese könnte jetzt neu beginnen. Doch als Erben verfeindeter Großreiche bleiben die Türkei und Russland alte Rivalen im Kaukasus. Im Ukraine-Konflikt schlug sich die Türkei eindeutig auf die Seite Kiews; zudem beklagt sie eine Unterdrückung der muslimischen Krimtataren. Die mehr als ein halbes Jahrhundert alte Nato-Mitgliedschaft der Türkei steht einem engen Bündnis mit Moskau ebenfalls entgegen.

Wahrscheinlicher als eine türkisch-russische Allianz ist eine andere Neuorientierung. Seit Langem fordern wichtige Erdogan-Berater, das Land solle sich vom Westen lösen und als unabhängige Regionalmacht eine eigene Außenpolitik betreiben. Erdogans Schimpftiraden gegen Europa und den Westen sowie sein Besuch in Russland könnten Zeichen dafür sein, dass diese Absetzbewegung jetzt beginnt. Der Umgang mit Erdogan wird für den Westen noch schwieriger.

Bericht Seite 4 politik@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Michael Scheer



Michael Scheer ist aus dem Häuschen. „Ein Traum wird wahr“, schreibt der Chef der Gemüsewerft auf Facebook. Grund: Die BSAG schenkt dem sozialen Projekt rund ums Gärtnern in der Stadt einen 59 Jahre alten 917er Triebwagen – besser bekannt als Ackerwagen. Heute wird die Straßenbahn mit Krans und Gabelstaplern vom DB-Depot in Sebaldsbrück in die Überseestadt bugsiert. Der gut zehn Meter lange Oldtimer soll vielfältig genutzt werden: als Pausenraum, als Ort für Konzerte und Lesungen, aber auch für den Verkauf von Früchten. Die Gemüsewerft ist ein Projekt der gemeinnützigen Gesellschaft für integrative Beschäftigung. Ihre Bio-Produkte verkaufen die Mitwirkenden unter anderem an Bremer Gastronomen. AKL

Gabriel will für Jobs kämpfen

Berlin. Im monatelangen Streit um die Übernahme von Kaiser's Tengelmann durch Edeka hat Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) jetzt die letzte juristische Karte gezogen. Beim Bundesgerichtshof legte sein Ministerium am Montag wie angekündigt eine Nichtzulassungsbeschwerde ein. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hatte vor knapp einem Monat die geplante Übernahme von Kaiser's-Tengelmann durch den größten deutschen Lebensmittelhändler mit einer Eilentscheidung gestoppt und eine Rechtsbeschwerde nicht zugelassen. Dagegen hatte Edeka bereits vor ein paar Tagen juristische Mittel angekündigt.

Jetzt muss der Bundesgerichtshof über die Zulassung der Beschwerden entscheiden. Wie lange die Richter für eine Entscheidung benötigen, ist nicht klar. Eine Frist gibt es nicht. Gegen den Zusammenschluss und eine weitere Stärkung des Marktführers im deutschen Lebensmitteleinzelhandel hatten die Konkurrenten Rewe und Marktant geklagt.

„Ich habe mich entschieden, vollumfänglich Rechtsmittel einzulegen. Für den Erhalt der 16.000 Arbeitsplätze und für die Arbeitnehmerrechte der Betroffenen zu kämpfen, lohnt sich“, teilte der SPD-Chef mit und wies erneut den Vorwurf der Befangenheit zurück. Es bestehe ein öffentliches Interesse an Aufklärung auch mit Blick auf mögliche zukünftige Ministererlaubnisverfahren, hieß es in der Mitteilung. DPA

Kommentar Seite 2/Bericht Seite 15

VERMISCHTES

Der Tenno vor dem Rücktritt

8

In Japan deutet sich an, dass Kaiser Akihito bald abdanken könnte. Als Anzeichen dafür wird eine Rede des 82-Jährigen an seine Untertanen gewertet. Der Tenno ist gesundheitlich angeschlagen.

NIEDERSACHSEN

Trampen für Senioren

14

Mit Mitfahrerbänken wollen Seniorenbeiräte die Mobilität der Älteren auf dem Lande verbessern. Die bunten Bänke sollen als Haltestellen für Mitfahrgelegenheiten ins nächste Zentrum dienen.

SPORT

Wackelkandidaten und feste Größen

27

32 Profis umfasst der aktuelle Werder-Kader. Sportdirektor Frank Baumann möchte ihn verkleinern. Der WESER-KURIER sagt, wer als Abgang infrage kommt und wer nicht.

BREMEN

Beruf und Familie versöhnen

10

Als Bundestagsabgeordnete pendelt sie ständig zwischen Bremen und Berlin, zugleich ist sie Mutter dreier minderjähriger Kinder – für die Lesumerin Bettina Hornhues (CDU) setzt sich das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ von selbst auf die Tagesordnung. Im Interview spricht sie über die schwierige Balance.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	26	Rätsel & Roman	7
Fernsehen	21	Tipps & Termine	12
Lesermeinung	5	Veranstaltungsanzeigen	6

Hoeneß will zurück

München. Ein knappes halbes Jahr nach seiner Haftentlassung hat Uli Hoeneß seine Kandidatur für das Präsidentenamt beim FC Bayern München angekündigt. „Uli Hoeneß wird für das Amt des Präsidenten des FC Bayern München e.V. kandidieren“, teilte der deutsche Fußball-Rekordmeister am Montag mit. Bei der Präsidentschaftswahl auf der Jahreshauptversammlung im November werde sich Hoeneß den Vereinsmitgliedern zur Wahl stellen. Amtsinhaber Karl Hopfner wird sich nach FCB-Angaben nicht mehr für ein Amt im Präsidium kandidieren. „Dies haben Karl Hopfner und Uli Hoeneß bei sehr angenehmen Gesprächen einvernehmlich so vereinbart“, teilten die Bayern mit.

„Das war's noch nicht!“, hatte Hoeneß angekündigt. Nach seiner Verurteilung wegen Steuerhinterziehung am 14. März 2014 war Hoeneß von seinen Ämtern beim FC Bayern zurückgetreten, Hopfner trat seine Nachfolge an. Der heute 64-jährige Hoeneß war 21 Monate in Haft, 14 davon im offenen Vollzug. Bei den Bayern hatte er Anfang 2015 als Freigänger einen Job im Jugendbereich bekommen.

Hopfner hatte zuletzt mehrfach erklärt, dass er Hoeneß bei einer Rückkehr ins Amt des Präsidenten nicht im Wege stehen werde. Ob Hoeneß auch wieder Chef des Bayern-Aufsichtsrates werden soll, war vorerst offen. Die Profis des FC Bayern sahen ein mögliches Comeback von Hoeneß in höchsten Ämtern positiv. DPA

Kommentar Seite 2/Bericht Seite 28

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
18°	9°	70%

Kühl und wechselhaft
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN



4 194176 301408